

WELT**POLITIK**

FORSA-UMFRAGE

Fast zwei Drittel der Deutschen halten Merz als Kanzler für ungeeignet

Stand: 15:13 Uhr | Lesedauer: 4 Minuten



Nur Anhänger und Wähler der Union sehen in Friedrich Merz noch einen geeigneten Kanzler

Quelle: Christoph Soeder/dpa

Sechs Wochen nach der Bundestagswahl fällt die Meinung der Deutschen über die Eignung von Friedrich Merz als neuer Kanzler ziemlich bescheiden aus – insbesondere in Ostdeutschland. Bei der Frage nach der politischen Kompetenz liegt die Union jedoch weiterhin vorn.

Nach Ostern möchte Friedrich Merz von den Abgeordneten von CDU, CSU und SPD als Nachfolger von Olaf Scholz zum zehnten Bundeskanzler in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gewählt werden. Wenn sich die Parteien vorher auf einen Koalitionsvertrag einigen können, dürfte er im Bundestag die nötige Mehrheit bekommen – bei der Bevölkerung sieht es hingegen anders aus: Sechs Wochen nach der [Bundestagswahl](https://www.welt.de/themen/bundestagswahl/) (<https://www.welt.de/themen/bundestagswahl/>) zeigt [das neue RTL/ntv-Trendbarometer von Forsa](https://www.n-tv.de/politik/Mehrheit-haelt-Merz-als-Kanzler-fuer-ungeeignet-article25688616.html) (<https://www.n-tv.de/politik/Mehrheit-haelt-Merz-als-Kanzler-fuer-ungeeignet-article25688616.html>), dass die Deutschen keine gute Meinung vom wahrscheinlich nächsten Regierungschef haben. Eine deutliche Mehrheit hält den CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz als Kanzler für ungeeignet.

Auf die Frage, ob Merz als Bundeskanzler geeignet sei, antworteten nur 32 Prozent der Befragten mit Ja, 60 Prozent sagten Nein. In Ostdeutschland ist der Anteil derer, der Merz für nicht geeignet hält, sogar noch größer als in Westdeutschland. Nur unter den Anhängern und Wählern der Union bei der Bundestagswahl am 23. Februar ist eine Mehrheit der Ansicht, dass Merz für das Amt des Bundeskanzlers geeignet ist. Die Anhänger der anderen Parteien halten Merz durchgehend für ungeeignet. Anfang März hatten noch 40 Prozent der Bundesbürger gesagt, Merz werde ein guter Kanzler.

Bei den Parteipräferenzen gibt es gegenüber der vergangenen Woche kaum Veränderungen: Die FDP verliert einen Prozentpunkt auf 3 Prozent, während der Anteil aller sonstigen Parteien zusammen um einen Prozentpunkt auf 7 Prozent ansteigt.

Die Werte aller anderen Parteien ändern sich nicht. Die Union verharrt auf einem für sie sehr schlechten Niveau von 25 Prozent, weiterhin nur einen Prozentpunkt vor der AfD, die bei 24 Prozent liegt.

Die SPD kommt auf 15 Prozent, die Grünen auf 12 Prozent, die Linke auf 10 Prozent und das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) auf 4 Prozent. Der Anteil der Nichtwählerinnen und Nichtwähler sowie der Unentschlossenen liegt aktuell bei 19 Prozent und damit leicht über dem Anteil der Nichtwähler bei der Bundestagswahl (17,9 Prozent).

Die Ergebnisse der Forsa-Umfrage im Überblick:

- Union: 25 Prozent (unverändert zur letzten Befragung, -3,5 Prozentpunkte zum Bundestagswahlergebnis)
- AfD: 24 Prozent (+-0, +3,2)
- SPD: 15 Prozent (+-0, -1,4)
- Grüne: 12 Prozent (+-0, +0,4)
- Linke: 10 Prozent (+-0, +1,2)
- FDP: 3 Prozent (-1, -1,3)
- BSW: 4 Prozent (+-0, -0,98)
- Sonstige: 7 Prozent (+1, +4)

[In den Umfragen anderer Institute der vergangenen Woche \(https://www.wahlrecht.de/umfragen/\)](https://www.wahlrecht.de/umfragen/) liegt die Union zwischen 24,5 und 26 Prozent, die AfD zwischen 24 und 25 Prozent, die SPD zwischen 15 und 16 Prozent. Die Grünen schwanken zwischen 10,5 und 11 Prozent, die Linke zwischen 10 und 10,5 Prozent, das BSW zwischen 4 und 4,5 Prozent und die FDP liegt überall bei 4 Prozent. Alle sonstigen Parteien zusammen erreichen zwischen 5 und 6 Prozent.

Kaum Veränderungen gibt es auch in der Frage nach der politischen Kompetenz. Auf die Frage, welche Partei mit den Problemen in Deutschland am ehesten fertig wird, nennen wie in der Vorwoche 21 Prozent der Befragten die Union. Die SPD verliert hier einen Punkt und kommt auf 8 Prozent. 7 Prozent der Deutschen trauen den Grünen politische Kompetenz zu, 5 Prozent den Linken und 12 Prozent der AfD. 44 Prozent der Deutschen trauen keiner Partei politische Kompetenz zu.

Wichtigstes Thema für die Deutschen ist die Regierungsbildung – dieses Thema nennen 45 Prozent, gefolgt von der wirtschaftlichen Lage mit 44 Prozent. Dahinter folgen der Krieg in der Ukraine (40 Prozent) und die Bemühungen der Europäer um eine gemeinsame Verteidigung (36 Prozent). Von 24 Prozent werden in dieser Woche auch die von der amerikanischen Regierung angekündigten Strafzölle genannt. Zuwanderung folgt mit 7 Prozent auf den hinteren Rängen. Zum Vergleich: Nur 5 Prozent nennen das Thema Klima und Umwelt.

Die Daten zum RTL/ntv-Trendbarometer wurden von Forsa zwischen dem 1. und 7. April erhoben. Datenbasis: 2501 Befragte. Statistische Fehlertoleranz: +/- 2,5 Prozentpunkte. Die Daten zu Friedrich Merz wurden am 4. und 7. April erhoben. Datenbasis: 1001 Befragte. Statistische Fehlertoleranz: +/- 3 Prozentpunkte.

jr

WEITERE THEMEN

Alternative für Deutschland

Demoskopie

Wahlumfragen

SPD

© WeltN24 GmbH 2025

Ein **Axel Springer** Unternehmen

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen <https://epaper.welt.de>